

Energie-Control Austria
Abteilung Gas / Tarife
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

per eMail: gsnevo@e-control.at

Wien, am 23. November 2012

**Betrifft: Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 (GSNE-VO 2013)
geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013-Novelle 2013,
GSNE-VO 2013-Novelle 2013)
Stellungnahme Industriellenvereinigung**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Industriellenvereinigung (IV) dankt der Energie-Control Austria für die Übermittlung des oben zitierten Entwurfes der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung Novelle 2013 und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Die vorliegende Novelle sieht zwar in fast allen Bundesländern mit der Ausnahme von Wien und der Steiermark gleichbleibende bzw. leicht sinkende Systemnutzungsentgelte vor. Allerdings entsprechen diese nicht den erwarteten Senkungen in Höhe der Verschiebung der bislang im Netz inkludierten Entry-Kosten. In Summe kommt es daher zu einer weiteren Erhöhung der Gas-Gesamtkosten. Dies stellt eine massive Kostenerhöhung für die österreichische Industrie dar und wird daher von Seiten der Industrie und insbesondere der energieintensiven Industrie, die täglich im internationalen Wettbewerb steht, massiv kritisiert.

So werden beispielsweise die Gassystemnutzungsentgelte für die Netzbetreiber zwar in Oberösterreich um ca. 5,5 % reduziert, gleichzeitig aber sind die Kosten für den Einspeisepunkt Baumgarten fast doppelt so hoch wie die Reduktionen, für den Einspeisepunkt Oberkappel sogar mehr als dreimal so hoch. Ergänzt um die vorgeschlagene Anhebung des Erdgas –Clearingentgelts (+30%) führt dies zu massiven Kostensteigerungen durch die Systemumstellung im Vergleich zur aktuellen Situation. Industrielle Gasverbraucher rechnen dabei mit einer Verteuerung des Gasbezuges gegenüber heute um ca. 10% und somit mit einer dramatischen Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Bei der Kostenverteilung für neue Infrastruktur ist weiterhin verstärkt auf eine verursachungsgerechte Zuordnung zu achten. Da die bestehenden industriellen Großkunden kaum zusätzliche Leistungsinvestitionen verursacht haben, ist diese

massive Steigerung der Kosten für industrielle Verbraucher in der Steiermark nicht nachvollziehbar und somit nicht gerechtfertigt.

Im Sinne eines einheitlichen Wirtschaftsraumes und einer möglichst geringen lokalen Wettbewerbsverzerrung sollte das Kostenwälzungssystem keine spezifische Benachteiligung von Industriebetrieben gemäß ihrer geographischen Lage oder Branchenzugehörigkeit beinhalten. Bei der Gewichtung von verschiedenen Modellen ist daher darauf zu achten, dass es für industriell ähnlich geprägte Bundesländer zu vergleichbaren Tarifen kommt. Daher sind vergleichbare Systemnutzungstarifsenkungen für steirische industrielle Gasverbraucher wie sie in Oberösterreich erfolgen notwendig, um einzelne Wirtschaftsstandorte nicht zu benachteiligen.

In Niederösterreich sinken die Netznutzungsentgelte auf Ebene 3, steigen jedoch auf Ebene 2 leicht an. Diese auseinanderlaufende Entwicklung ist nicht nachzuvollziehen. Zudem wird anders als der Arbeitspreis der Leistungspreis durchgängig erhöht. Geringere Kosten müssen durch die gleichmäßige Entlastung aller Ebenen verteilt werden.

In Oberösterreich sinken die Netznutzungsentgelte auf Ebene 3 deutlich stärker als auf Ebene 2. Die IV schlägt vor, die Senkung der Netzentgelte zwischen den beiden Netzebenen gleichmäßiger zu verteilen.

Zu § 2. Abs. (1) Z 12 + 13

Der neu eingeführte Begriff Umrechnungsbrennwert ist in den Begriffsbestimmungen der Sonstigen Marktregeln Gas ab 01.01.2013 nicht enthalten. Dieser Umrechnungsbrennwert mit fixer Größe 11,19 kWh/Nm³ entspricht zwar dem gültigen Verrechnungsbrennwert im kurzen Betrachtungszeitraum 2010 bis 2012, weicht jedoch vom Verrechnungsbrennwert bis 2010 und vom Verrechnungsbrennwert ab 2013 ab. Die Einführung dieses Umrechnungsbrennwerts wird zu Unklarheiten und Erklärungsbedarf führen.

Die in kurzem Abstand geplante neuerliche Anhebung des Verrechnungsbrennwerts wird aufgrund der nur sehr geringen Anhebung und dem damit verbundenen unverhältnismäßig hohen Umstellungsaufwand kritisiert.

Zu § 15 Abs 6 und Abs 7:

Da derzeit für die Umsetzung der Onlineübertragung bzw. –messung gem. § 37 Abs 7 GMMO-VO 2012 noch keine Vorgaben hinsichtlich Datenqualität, Intervallerfordernisse, etc. festgelegt sind, ist nicht nachvollziehbar, auf welcher Basis die vorgesehenen Höchstpreise für die Vorhaltung der Geräte, die Errichtung und Demontage der Messung und die laufende Datenübertragung ermittelt wurden. Neben den fehlenden Vorgaben zur Datenqualität bei der Onlineübertragung von Messwerten, bleibt auch völlig unklar, welche Aufwendungen und Komponenten tatsächlich mit dem unter Abs 7 Z 2 angeführten Höchstpreis für die Errichtung von Onlinemessungen abgedeckt sind.

Die unterschiedlichen Gegebenheiten und Voraussetzungen bei den Kundenanlagen lassen keine Pauschalierung zu und erfordern eine jeweils maßgeschneiderte Lösung.

Abschließend möchten wir festhalten, dass seitens großer industrieller Gasverbraucher die Befürchtung besteht, dass es systembedingt zu weiteren Verteuerungen (durch höhere Kosten bei der Ausgleichsenergie etc.) kommt sowie zusätzliche verwaltungstechnische und finanzielle Aufwendungen zu höheren Eintrittsbarrieren in den Markt führen und nicht zu mehr Wettbewerb.

Die IV fordert daher eine zeitnahe Evaluierung über die Auswirkungen des Modells um die tatsächliche Entwicklung zu überprüfen.

In diesem Zusammenhang wird auch der Entwurf der **Erdgas-Clearingentgelt-Verordnung** kritisiert der zu weiteren Verteuerungen führt.

In Hinblick auf den **Koordinierten Netzentwicklungsplan (KNEP)** weisen wir auf die angespannte Situation für die Importe in Oberkappel sowohl in der Vergangenheit als auch für den Start des neuen GWG im Jahr 2013 hin. Aus Sicht der österreichischen Industrie ist der Übergabepunkt Oberkappel für die Marktintegration dabei von großer Bedeutung. Der Ausbau der Kapazitäten muss mit Priorität behandelt werden, um die Verbindung mit dem deutschen Marktgebiet weiter voranzutreiben. Nur so kann das Ziel der Marktintegration des 3. Binnenmarktpaketes weiter umgesetzt werden.

Wir ersuchen daher den genannten Anliegen Rechnung zu tragen, und den Entwurf der GSNE-VO - Novelle 2013 entsprechend abzuändern.

Mit besten Grüßen
Industriellenvereinigung

Ing. Mag. Peter Koren e.h.
Vize-Generalsekretär

Mag. Isabella Meran-Waldstein e.h.
Expertin Energiepolitik